

Haushaltsrede 2017

Herr Bürgermeister,
Meine Damen und Herren,

Die Klimakonferenz in Bonn im November 2017 und das Regionalforum mit dem Thema „Klimawandelvorsorgestrategie“ der Region Köln/ Bonn am 21.11.2017 in Siegburg haben uns deutlich gezeigt, wo die Hauptaufgaben in unserer Kommune liegen: wir müssen unser Handeln stets unter dem Aspekt des Klimaschutzes und Klimapassung hinterfragen. Jedes Planverfahren muss die Auswirkungen auf das Klima bedenken und die negativen Folgen minimieren. Klimaangepasste Stadtplanung ist Pflicht, damit unsere Stadt auch in Zukunft lebens- und liebenswert bleibt.

Dazu gibt unser Haushaltsentwurf kaum positive Hinweise. Im Gegenteil. Wir geben Gelder aus, um unsere Umwelt zu verschlechtern. Hierzu einige Beispiele:

- Im Rahmen von Strunde hoch vier werden 59 Bäume gefällt aber nur ein Bruchteil davon neugepflanzt.
- Wir pflastern den Forum- Park (der Begriff Park ist hier mittlerweile wohl nicht mehr zutreffend), nur um zweimal im Jahr gute Voraussetzungen für die Kirmes zu schaffen.
- Die beiden großen Parteien sind bereit, den Neuborner Busch den wirtschaftlichen Interessen eines großen Unternehmens zu opfern, obwohl Ausweichmöglichkeiten wie zum Beispiel die Überbauung von Parkplatzflächen vorhanden sind. Weiche Standortfaktoren, hierzu gehören auch Grünzüge in der Stadt mit ihren vielfältigen Aufgaben, sind ein wichtiger wirtschaftlicher Bestandteil.
- Wir ignorieren die EU- Wasserrahmenrichtlinie, nur um Investoren zufrieden zu stellen. Diese tragen aber kaum zur Vermehrung der Steuereinnahmen bei, weil sie ihre Hauptverwaltung außerhalb von Bergisch Gladbach haben.
- Wir sind bereit große Flächen von Grünland und Wald zu opfern (siehe FNP-Entwurf) und damit den Lebensraum von Vögeln und Insekten zu zerstören.

Wie sollen wir dann aber zur insekten- und bienenfreundlichsten Stadt in NRW werden? Dies ist aber nach Aussagen des Bürgermeisters unser Ziel.

Blühstreifen haben wir schon vor langer Zeit gefordert, aber die Umsetzung kommt nicht voran. Hier ließen sich Gelder im Grünflächenamt umschichten, denn die Pflege solcher Bienen- und Insektenweiden kostet insgesamt weniger als konventionelle Pflegemaßnahmen. Überhaupt sollte das Grünflächenamt bei sämtlichen planungsrelevanten Maßnahmen stärker beteiligt werden.

Auch die neue Landesregierung hat die Problematik erkannt und will die Klimaanpassungspolitik fortsetzen. Sie bietet zum Beispiel Lehrgänge für kommunale Fachkräfte zum Klima- und Flächenmanager an. Dies sollten wir wahrnehmen, damit wir dann Fachkräfte haben, die bei jeder Planung auf die Problematik der Anpassung an den

Klimawandel hinweisen und damit Planungen maßgeblich beeinflussen. Gerade die Neuplanung des FNP macht deutlich, dass im FNP- Entwurf Umweltbelange keinen hohen Stellenwert haben und der Charakter unserer grünen Stadt stark gefährdet ist. Besonders deutlich zeigt sich, dass in der Diskussion über die Nutzung der Bahndammtrasse. Hier werden systematisch vorhandene Umweltgutachten ignoriert. Das bindet außerdem Arbeitskraft und kostet Geld.

Wir haben ein Mobilitätskonzept verabschiedet, aber bisher ist die Umsetzung nur in Ansätzen vorhanden. Endlich haben wir eine Stelle in der Verwaltung, die sich um die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen kümmert. Eine Stelle aber ist viel zu wenig, es sollten durch entsprechende Umschichtung in der Verwaltung weitere Mitarbeiter in diesem Bereich gewonnen werden und die finanzielle Ausstattung verbessert werden. Ein zukünftiges Hauptthema wird der Verkehr sein, der bei der Neuaufstellung des FNP überhaupt nicht berücksichtigt wurde. Die Stickoxidproblematik und die hohen Feinstaubwerte fordern ein Umdenken. Der Kreis hat auf grüne Initiative einen ersten Schritt getan und die Anschaffung von wasserstoffangetriebenen Bussen beschlossen. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Ebenso positiv ist die Fahrplanverbesserung im ÖPNV. Unser Ziel muss es sein, den Individualverkehr möglichst klein zu halten. Ein weiterer Schritt zur Imageverbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, könnte zum Beispiel ein fahrscheinloser Tag sein, wie ihn die Stadt Köln im nächsten Jahr plant.

Weitere wichtige Aspekte für unsere Stadt sind die Bereiche Schule und Bildung, Kultur und Sport. Der Einstieg in die Jugendförderung der Vereine ist wichtig, ebenso die teilweise Verfügbarkeit des Stadtsportverbandes über die Sportpauschale des Landes, aber es müssen auch frei zugängliche Sportplätze für Bürgerinnen und Bürger angeboten werden, die sich sportlich betätigen wollen aber nicht in einem Verein sind. Gute Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten sind ebenso wie ein breites Angebot an Kultur und Sport wichtige Voraussetzung für weitere Ansiedlung von Gewerbe, das sicherlich seinen Schwerpunkt im Dienstleistungssektor haben wird. Deshalb sollten wir uns auch um die Ansiedlung einer weiteren Hochschule bemühen. Als Standort bietet sich das Zanders-Gelände an.

Ein finanziell großer Posten im Haushalt sind die Personalkosten. Es ist sicherlich in einigen Bereichen nötig, Mitarbeiter einzustellen, in anderen aber wohl nicht unbedingt zwingend. Den Teilhaushalt im Bereich der Jugendhilfe haben wir positiv entschieden. In jedem Fall weicht der jetzt festgelegte Stellenplan stark von den Angaben im Haushaltsentwurf ab. 45 neue Stellen bedeuten eine große Belastung und viele Folgekosten, deswegen muss hier mit großer Sorgfalt überlegt werden.

Problematische Bereiche wie z.B. die personelle Situation der Musikschule (viele Honorarkräfte mit allen für diese negativen Begleiterscheinungen) sollten zu einem neuen Personalkonzept führen, um die prekären Arbeitsverhältnisse zu beseitigen. Wir sind froh, dass nun auch die anderen Parteien das Problem erkannt haben.

Insgesamt weist der Haushaltsentwurf einen hohen Fehlbetrag aus, das heißt, es gelingt nicht, die Aufwendungen hinreichend zu begrenzen. Die Folge, es wird die Grundsteuer erhöht. Diese Erhöhung betrifft alle BürgerInnen. Auch jene, die es nicht aus der Portokasse bezahlen können. Was hilft es dann, wenn alle Parteien von der Förderung des sozialen Wohnungsbaus reden, aber gleichzeitig die zweite Miete, in Form von Nebenkosten erhöhen.

Auch wenn die Kreisumlage gesenkt wurde, gehen immer noch 40% unserer Steuereinnahmen an den Kreis (siehe IHK Stellungnahme). Die Weiterleitung der LVR-Gelder durch den Kreis an die Kommunen hätte unser Defizit stark verringert. Das ist aber nun leider nicht erfolgt.

Insgesamt zeigt der Haushaltsentwurf nur eine Fortsetzung der vorherigen Entwürfe. Die strategischen Ziele wurden nicht den aktuellen Gegebenheiten angepasst bzw. nicht immer fortgeschrieben. Die Lesbarkeit des Haushalts muss dringend verbessert werden. Da Produktgruppen sehr grob zusammengefasst werden, wird bewusst in Kauf genommen, dass eventuelle Einsparpotentiale kaum aufgespürt werden können.

Wir hoffen, dass die Zusagen unseres Kämmerers Herrn Stein im Haupt- und Finanzausschuss für den nächsten Haushalt wirksam werden.

Insgesamt weist der Haushaltsentwurf zu viele Unwägbarkeiten auf und ist für uns so nicht zustimmungsfähig.

Viele Dank für ihre Aufmerksamkeit

Edeltraud Schundau

Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/ Die Grünen

